



**BERNHARD
SEIDENATH** 
Für das Dachauer Land
im Landtag

Pressemitteilung

Donnerstag, 18. Juni 2015

Bernhard Seidenath und Klaus Holetschek: CSU-Landtagsfraktion für starke Interessensvertretung für die Pflege

„Die Pflegenden in Bayern brauchen eine starke Interessensvertretung - auf Augenhöhe mit weiteren Leistungserbringern im Gesundheitswesen“, erklären Bernhard Seidenath, pflegepolitischer Sprecher der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, und Klaus Holetschek, stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Gesundheit und Pflege. Die CSU-Landtagsfraktion hat sich daher mit großer Mehrheit für das von Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml vorgelegte Modell einer Körperschaft des Öffentlichen Rechts für die Pflege ausgesprochen. „Die Einrichtung, für die die Fraktion nun den Weg frei gemacht hat, erfüllt diese Voraussetzungen“, so die beiden CSU-Gesundheitspolitiker.

Der Vorschlag der Ministerin kommt ohne eine Pflichtmitgliedschaft aus. Geplant ist, dass Pflegekräfte in ihr beitragsfrei Mitglied werden können. Die Verbände der Pflegekräfte sollen bei Bedarf mitarbeiten können. Wichtige Aufgaben der neuen Körperschaft werden unter anderem die Weiterentwicklung der Qualität in der Pflege sowie die Mitwirkung an Gesetzgebungsvorhaben sein. Die Arbeitgeber sollen nur punktuell in einem Beirat beteiligt werden. Es geht hier primär um die Interessen der Pflegenden. Einzelheiten sollen im Rahmen der Erarbeitung eines Gesetzentwurfs geklärt werden, für das die CSU-Landtagsfraktion nun grünes Licht gegeben hat. Die Fraktion setzt darauf, dass sich bereits in diesem Stadium viele Interessensvertreter einbringen. „Am Umgang mit Pflegebedürftigen zeigt sich die Humanität unserer Gesellschaft“, betonten Seidenath und Holetschek. Schätzungen zufolge bedürfe es jedes dritten Schulabgängers mit mittlerem Schulabschluss in der Pflege, um den künftigen Bedarf an Fachkräften zu decken. „Die neue und starke Interessensvertretung für die Pflege wird hier einen wichtigen Beitrag leisten, weil sie die Attraktivität des Berufsstands weiter erhöhen wird“, so Seidenath und Holetschek. Der „bayerische Weg“ über eine Körperschaft des Öffentlichen Rechts wird von anderen Bundesländern aufmerksam verfolgt und könnte auch dort als Vorbild für eine Aufwertung der Pflege dienen.